

Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.



There's no better way to fly.
Lufthansa

A STAR ALLIANCE MEMBER

Argentinisches Tageblatt

Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.



There's no better way to fly.
Lufthansa

A STAR ALLIANCE MEMBER

Sonnabend, 12. Februar 2005

115. Jahrgang Nr. 31.497

Blutige Gefängnismeuterei

Häftlinge nehmen Strafanstalt in Córdoba in ihre Gewalt

Buenos Aires (AT/AG) - Nach einer Nacht voller Unsicherheit kehrte im besetzten Gefängnis in der Provinzhauptstadt Córdoba Ruhe ein. Am Donnerstagnachmittag rebellierten die Häftlinge des ältesten Gefängnisses im Zentrum von Córdoba. Sie nahmen den Direktor der Strafanstalt, Emilio Corso, weiteres leitende Personal, Gefängniswärter und Besucher, darunter vorwiegend Frauen und Kinder, als Geisel. Beim Aufstand starben ein Polizist, zwei Wärter und fünf Sträflinge, die zu flüchten versuchten. Über dreißig Personen wurden verletzt. Bei den Verhandlungen am Freitagmorgen zeigte sich ein Teil der Gefängnisinsassen bereit,

den Aufstand beizulegen. Am Nachmittag hatten die Behörden das Gefängnis wieder in ihrer Gewalt.

Der Aufstand begann am Donnerstag um etwa 15.30 Uhr, ansehend mit dem Protest eines Häftlings, da er wegen eines Vergehens keine Besucher empfangen durfte. Weitere Häftlinge schlossen sich ihm an und verlangten die Verlängerung der Besuchszeiten und bessere Unterbringung. Das im Stadtteil San Martín liegende und 1889 gebaute Gefängnis beherbergt gegenwärtig unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen 1539 Sträflinge, obwohl es für 700 ausgelegt ist.

Die Wut der Häftlinge eskalierte, es soll auch innere Streitigkeiten unter den Insassen gegeben haben. Die Sträflinge bemächtigten sich der Waffen des Bewachungspersonals und nahmen etwa 25 bis 30 Personen in ihre Gewalt. Ihre Familienangehörigen entschieden sich aus Solidarität in der Strafanstalt zu bleiben.

Der Konflikt spitzte sich zu, als die Gefängnisinsassen kurz vor 17 Uhr drohten, die festgenommenen Wärter vom Dach zu stürzen. Sie bedrohten die Wärter mit Waffen und fügten ihnen Stechwunden zu. Die Polizei umzingelte das Gefängnis, um die Flucht zu verhindern, es kam zum Schusswechsel. Nach Mitternacht wurden auf

Anordnung der Nationalregierung Grenzschutztruppen nach Córdoba beordert.

Die ersten Verhandlungen zwischen den Sträflingen und drei Staatsanwälten brachten keine Ergebnisse. Die Gefängnisinsassen verlangten vom Provinzgouverneur die Begnadigung der zur lebenslänglichen Haft Verurteilten. José Manuel de la Sota lehnte die Forderung ab. Am Freitagmorgen zeigten sich Häftlinge mit geringeren Strafen geneigt, sich zu ergeben, unter der Bedingung, dass nur Gefängnismitarbeiter das Gebäude betreten und ihnen Schutz zugesichert wird. Am Nachmittag war die Strafanstalt in Hand der Behörden.

Gegen die Trägheit der Justiz

Debatte über das neue Verjährungsgesetz

Buenos Aires (AT/AG) - Zwischen den Juristen und den Parlamentsabgeordneten entspann sich diese Woche eine Diskussion über das Ergänzungsgesetz zum Strafgesetzbuch, welches die Verjährung von Straftaten neu regelt. Der Argentinische Bundesrat der Obersten Gerichte der Provinzen (Jufejus) kritisierte die Änderung der Verjährungsfristen, die zur Folge haben werde, dass "viele Straftaten unbestraft bleiben". Der Bundesrichter Gabriel Cavallo schätzte, etwa die Hälfte aller Verfahren würden aus diesem Grund eingestellt werden. Die Regierung hielt sich zunächst mit der Stellungnahme zurück. Nach dem Treffen von Juan Carlos Blumberg, der sich seit der Entführung und Ermordung seines Sohnes Axel aktiv für die Sicherheit im Land einsetzt, mit Präsident Néstor Kirchner am Dienstag kündigte die Regierung eine Korrektur des neuen Gesetzes an.

Die im Dezember vergangenen Jahres im Senat verabschiedete Reform des Strafgesetzbuches betraf den Artikel 67, der die Aufschiebung der Verjährungsfrist regelt. Eine Straftat verjährt nach der Zeit, die der Dauer der Höchststrafe für das entsprechende Delikt entspricht. Das sind je nach Fall zwischen 2 und 12 Jahren. Die Verjährungsfrist kann aber durch eine Reihe von Sachverhalten neu angesetzt werden, die bisher gesetzlich unreguliert waren, über die jedoch in der Jurisprudenz ein gewisser Konsens bestand. Das waren beispielsweise die Vorladung zum Verhör, der Prozessbeginn, die Untersuchungshaft, der Haftbefehl, eine Säumigkeitserklärung, das Strafurteil u.a.m.

Im neuen Gesetz wurden diese aufschiebenden Sachverhalte neu fest-

gelegt und lediglich auf die erste Aufforderung zum Verhör, die Weiterleitung des Falls an das Gericht, die Vorladung vor das Gericht und das Strafurteil beschränkt. Die Initiatoren des Gesetzesprojektes, das zum ersten Mal im November 2002 vorgelegt worden war, zielten mit ihrem Vorschlag darauf, die Arbeit der Untersuchungsrichter und der Gerichte zu beschleunigen. "Es kann nicht sein, dass ein Verfahren 20 Jahre lang dauert", sagte der Vorsitzende der Kommission für die Strafgesetzgebung bei der Abgeordnetenkammer, Hernán Damiani.

Empört über die eventuelle Verjährung zahlreicher Straftaten, hatte sich Blumberg am Dienstag mit Kirchner getroffen. Nach einem Gespräch mit dem Staatspräsidenten sowie mit Kabinettsminister Alberto Fernández und Innenminister Aníbal Fernández erklärte Blumberg, die Regierung beabsichtige eine Ergänzung des neuen Gesetzes. "Mir wurde versprochen, dass ein neues Gesetzesprojekt am 1. März vorgelegt wird", erklärte Blumberg. Zum bestehenden Gesetz sollen weitere Gründe hinzugefügt werden, durch die die Verjährungsfrist neu angesetzt wird.

Justizminister Horacio Rosatti nannte das im Dezember verabschiedete Gesetz einen "Schritt nach vorne", da es mit der Festlegung klarer Orientierungspunkte die willkürliche Interpretation der Richter stoppt. Das Gesetz könnte jedoch ausgewogener sein, sagte Rosatti, und erwähnte dabei das Nichterscheinen und die Auslieferung des Angeklagten. Diese zwei Tatbestände werden höchstwahrscheinlich in das neue Gesetzesprojekt aufgenommen.

Stadt ohne U-Bahn

Angestellte forderten Lohnerhöhung von 53%

Buenos Aires (AT/AG) - Der alte Konflikt zwischen dem U-Bahn-Unternehmen "Metrovías", der nun beigelegt zu sein scheint, und seinen Angestellten hatte am Mittwoch seinen Höhepunkt erreicht. Nach einer Unterbrechung im Januar hatten die Mitarbeiter von "Metrovías" ihre Forderungen nach Lohnerhöhung in der vergangenen Woche erneut erhoben. Die Kurzstreiks in den Hauptverkehrszeiten am Donnerstag und Freitag vergangener Woche sowie am Montag und Dienstag gipfelten am Mittwoch in einem ganztägigen Streik. Am Donnerstagabend stellten die U-Bahn-Angestellten den Streik ein, nachdem "Metrovías" eine Lohnerhöhung von 19% angeboten hatte.

Die Hauptforderung der U-

Bahn-Gewerkschaft war die gleiche wie im November vergangenen Jahres: eine Lohnerhöhung von 53%. Weiterhin verlangten sie Zuschläge für die Nacharbeit, die bei der Festlegung des sechsstündigen Arbeitstags gestrichen wurden, sowie Zuschüsse von 2% für jedes neue Dienstjahr.

Das Unternehmen nannte diese Forderungen "nicht durchführbar". "Wir laden alle auf unsere Internetseite ein, wo die ganze Buchhaltung offen liegt, damit sich jeder davon überzeugen kann, dass wir nicht in der Lage sind, die geforderte Lohnerhöhung zu zahlen", sagte Juan Bautista Ordóñez, der Sprecher von "Metrovías".

Nach den Informationen des Wirtschaftsministeriums sind die Lebenskosten seit 2001 um 55%

gestiegen. Die U-Bahn-Angestellten behaupteten, in den letzten drei Jahren keine andere Lohnerhöhung bekommen zu haben als die, die ihnen per Dekret zustand. "Metrovías" hingegen erklärte, dass der Lohn ihrer Angestellten seit dem Juni 2002 durchschnittlich um 70% gestiegen sei.

Der durchschnittliche Bruttoverdienst eines U-Bahn-Mitarbeiters liegt nach den Angaben des Unternehmens bei 1670 Pesos pro Monat, eingeschlossen Fahrkarten und Reisegeld. Ein Fahrkartenverkäufer verdient 1440 Pesos. Der Mindestlohn sind 1230 Pesos. Die U-Bahn-Angestellten bestritten diese Angaben und gaben andere, widersprüchliche bekannt. Nach der Tageszeitung "La Nación" vom Mittwoch bekomme ein Fahrkar-

tenverkäufer etwa 1050 Pesos auf die Hand plus 200 Pesos in Fahrkarten. Am Donnerstag schrieb dieselbe Zeitung, ein Fahrkartenverkäufer verdiene 681 Pesos.

Gerecht wäre aus der Sicht der Angestellten außerdem die Angleichung der Löhne der niederen Angestellten an die des leitenden Personals, das 20.000 Pesos pro Monat kassiere.

Nach den gescheiterten Verhandlungen im Arbeitsministerium am Dienstag und Mittwoch, gaben die U-Bahn-Angestellten am Donnerstagabend nach. Am Donnerstagmorgen unterschrieben "Metrovías" und die Vertreter der Angestellten einen Vertrag über eine Lohnerhöhung von 19% und einen Zuschuss von 1% für jedes Dienstjahr.

WOCHENÜBERSICHT

Kürzere Arbeitswoche

Susana Rueda, eine der drei Generalsekretäre des vereinigten Gewerkschaftsbundes (CGT), forderte eine Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 oder 44 Stunden könnten "schnell 700.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wodurch die Arbeitslosenziffer um 7 bis 8% fallen würde", erklärte Rueda. Gegenwärtig haben mehr als 3 Mio. Arbeitnehmer eine 60-Stunden-Woche, kritisierte die Gewerkschafterin. Die Initiative wird im Arbeitsministerium, im privaten Sektor und im Beschäftigungsrat vorgestellt, und "alle Beteiligten stimmen dem zu, dass dies ein zentrales Thema dieses Jahres werden sollte", sagte Rueda.

Buchgeschenke

Im kommenden Schuljahr bekommt jeder Schüler ein Buch geschenkt. Das kündigte der Bildungsminister Daniel Filmus an. Am Dienstag unterzeichneten das

Bildungsministerium und die Verlagsverbände einen Vertrag, mit dem sich das Bildungsministerium zum Kauf von 7 Mio. Büchern verpflichtete. Im Gegenzug sicherten Pablo Avelluto, Vertreter der Argentinischen Publikationskammer, und Carlos De Santos, Vertreter der Buchkammer, zu, dass die Preise der Schulbücher nicht steigen werden. Das Ziel der 115 Mio. Pesos kostenden Initiative ist, der armen Bevölkerung den Zugang zu den Büchern zu ermöglichen.

Kindergeld

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, deren Eltern arbeitslos sind, sollten künftig Kindergeld bekommen. Das teilte Hebe de Bonafini, Chefin der Organisation "Mütter von Plaza de Mayo", in einer Pressekonferenz mit. Bonafini und Alberto Morlaquetti, Gründer der "Nationalen Kinderbewegung" trafen sich mit Präsident Néstor Kirchner und Sozialministerin Alicia Kirchner im Re-

gierungspalast Casa Rosada. Während des Treffens wurde die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung der Kinder besprochen.

Wasser für alle

Die Mitglieder der Organisation "Wasser für alle" veranstalteten am Mittwoch eine Demonstration zur Bezirksstadt Almirante Brown in der Provinz Buenos Aires, auf der sie den Ausbau des Wassernetzes forderten. Die Einwohner der Gemeinden Almirante Brown, Lomas de Zamora, Esteban Echeverría, Ezeiza, Presidente Perón und San Vicente beklagten sich über das Fehlen bzw. die mangelnde Qualität des Trinkwassers. Dies begünstige die Verbreitung von Krankheiten, unter denen ihre Kinder zu leiden haben, erklärten die Bürger. Die Armenviertel sollen deshalb möglichst schnell an das Trinkwassernetz angeschlossen werden. Weiterhin soll für die Gebiete, in denen schmutziges Wasser konsumiert wird, ein Notdienst eingerichtet werden.

Unterschriftenkampagne

Am Mittwoch wies das Oberste Gericht der Stadt die Bitte von Stadtschef Aníbal Ibarra zurück, auf die in der Stadtverfassung vorgeschriebene Unterschriftensammlung zu verzichten. "Es ist falsch, dass mit den Wählerunterschriften lediglich die Rechte des Amtsträgers geschützt werden sollen", sagte der Generalstaatsan-

walt der Stadt, José Luis Mandalunis. Damit das Referendum einberufen werden kann, auf dem entschieden wird, ob Ibarra sein Amt weiter ausüben soll, müssen 520.000 Unterschriften vorgelegt werden. Am Freitag überreichte das Oberste Gericht den Anwälten Gabriel Rodríguez Vallejo und Fabián Bergenfeld die ersten Formulare für 10.000 Unterschriften. Ab dem heutigen Samstag kann man bereits an 20 Punkten der Stadt seine Unterschrift leisten.

Eisenbahnstreik

Die Gewerkschaft der Eisenbahner kündigte für den kommenden Dienstag einen 24-stündigen Streik in der Provinz Buenos Aires an. Es werden keine Züge in die Richtungen Mar del Plata, Pinar, Junín, Olavarría, Bragado und Tandil fahren, teilte der Gewerkschaftschef, Omar Maturano, mit. Der Grund für den Streik ist die von der Provinzregierung angekündigte Gehalterhöhung für den öffentlichen Dienst. Die Eisenbahnangestellten hatten jedoch im Januar nur den üblichen Lohn bekommen, für den Februar sei auch nichts angekündigt, sagte Maturano.

**KAUFE VERSCH.
COMPRAS VARIAS**

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287



SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR

CD Rom / Touch-Screen
 Web / Video Digital
 3D / Animaciones

(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Justizialistischer Regierungsstil

In nur einem Tag verabschiedete der von den Justizialisten beherrschte Senat die am gleichen Tag eingereichte Vorlage der Exekutive, durch die sich letztere selber verbot, die Umschuldungsofferte zu verbessern. Das bleibt künftig dem Kongress vorbehalten, wie es übrigens in der Verfassung zu lesen ist. Die Deputiertenkammer, wo die Justizialisten die stärkste Fraktion sind, zog eine Woche später nach. Zahlreiche Oppositionsparlamentarier stimmten ebenfalls für die Vorlage, weshalb sie mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde.

Die Regierung wollte offenbar inmitten der Zeichnungsperiode der Umschuldungsofferte ein klares politisches Signal setzen, dass sie entgegen mancher Erwartungen in Finanzkreisen keine verbesserte Offerte vorlegen wird, weshalb den Bondsinhabern nur noch die Alternative verbleibt, den Verlust mit der Zeichnung hinzunehmen oder überhaupt nichts zu kassieren, so dass die nicht umgetauschten Bonds so viel wie Altpapier wert sein würden. Freilich darf der Kongress, möglicherweise auf Empfehlung der Exekutive, jederzeit neue Konditionen für die verbliebenen Bonds zulassen, ebenso wie seinerzeit die formellen Gesetze über die Unantastbarkeit der Bankdepositen und das Nulldefizit der Staatsfinanzen kurze Zeit danach vom gleichen Kongress zunichte gemacht worden waren.

Mit der überraschenden Vorlage hat der Justizialismus, der Argentinien regiert, seinen echten Regierungsstil offenbart. Für aussenstehende Beobachter der argentinischen Landespolitik mag es unverständlich erscheinen, dass eine Partei, die seit bald sechzig Jahren die argentinische Politikszene beherrscht, ohne eigene Führung dahinvegetiert, aber gleichzeitig blitzartig entscheidet, indem Exekutive und Kongress zusammen arbeiten, als ob es sich um ein parlamentarisches System mit Fraktionszwang handeln würde.

Allein die letzten Präsidentschaftswahlen haben die ungewöhnliche Szene gezeigt, dass gleich drei justizialistische Kandidaten unter fremden Parteinaamen, ohne eigene Kandidaten der justizialistischen Partei, über sechzig Prozent aller Stimmen sammelten. Das traditionelle Stimmenkapital der Partei schwankt um die vierzig Prozent, seit der Parteigründer Juan Domingo Perón 1974 verschied. Ihm schenken die Wähler jeweils mehr als sechzig Prozent der Stimmen, seinen Nachfolgern fühlbar weniger.

Obwohl mit Néstor Kirchner der zweitgewählte Justizialist die Präsidentschaft nach dem Verzicht des erstgewählten Expräsidenten Carlos Menem auf die Stichwahl gewann, regieren die Justizialisten seither müheles in engster Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und dem Kongress. Nahezu alle Vorlagen der Exekutive wurden vom Kongress in Gesetze umgewandelt. Wenige Gesetze des Kongresses wurden von der Exe-

kutive mit einem Veto oder Teilvetos einzelner Paragraphen nicht verabschiedet, meistens weil der Kongress Staatsausgaben verfügte, für die keine Einnahmen vorgesehen waren, wie es die Finanzordnung vorschreibt.

Ebenso regiert die Partei in den meisten Provinzen und die Exekutive unterhält gute Beziehungen zu den Gouverneuren, auch wenn sie andere Parteien vertreten. Mit üppigen Staatsgeldern für Sozialschubventionen und öffentlichen Bauten hält Präsident Kirchner eventuell widerspenstige Gouverneure bei der Stange. Sogar die kommissarische Intervention der von Justizialisten regierten Provinz Santiago del Estero wurde vom Kongress anstandslos gebilligt, wodurch lokale Parteifehden beendet wurden.

Mit der Zweckallianz der justizialistischen Expräsidenten Carlos Menem (1989-1999) und Adolfo Rodríguez Saá (2001) innerhalb der Partei, damit parteiinterne Wahlen für den Parteitag einberufen werden, wurde die parteiinterne Szene aufgeschreckt, nachdem sie seit über einem Jahr dahinsieht. Präsident Kirchner weigert sich, den Parteivorsitz anzutreten, wie es der justizialistischen Tradition entspricht, dass der Staatspräsident in Personalunion die Parteiführung beherrscht. Neuwahlen, damit ein anderer Parteipolitiker gewählt wird, sind offenbar für die jetzigen Parteimacher Expräsident Eduardo Duhalde und Präsident Néstor Kirchner ein Gräuel in Hinblick auf die landesweiten Parlamentswahlen am kommenden 23. Oktober. Unterdessen schicken sich die Getreuen der neuen Allianzpartner Menem und Rodríguez Saá an, eigene Fraktionen innerhalb der justizialistischen Fraktionen im Nationalkongress zu bilden, ohne freilich einen formellen Riss innerhalb der Partei zu vollziehen und eigene Wege zu gehen. Alle Justizialisten wissen, dass sie außerhalb der Partei keine Wahlchancen haben, so dass sie das ungewöhnliche Spiel mitmachen, einer Partei anzugehören, die formell nicht funktioniert, ohne die aber keine Stimmen gewonnen werden können.

Mit diesem Doppelspiel üben sich die Justizialisten bequem als beherrschende Regierungspartei und regeln ihre Konflikte untereinander, ohne die Partei aufzulösen oder gar aufzubrechen. Mit der nationalen Exekutive, dem Kongress, wo sie bequem herrschen, sowie zahlreichen Gouverneuren, Bürgermeistern und Provinz- sowie Gemeindeparlamentariern in allen Gliedstaaten machen sie weiter, kümmern sich um ihre Konflikte, die sich meistens um Kandidaturen für Wahlämter drehen, und regieren das Land.

Galeano suspendiert

Buenos Aires (AT/AG) - Bundesrichter Juan José Galeano wurde seines Amtes enthoben. Der Richterrat beschloss am Mittwoch mit nur einer Gegenstimme seine zeitweilige Suspendierung und die Einleitung eines politischen Verfahrens. Angeklagt wird der Bundesrichter, gravierende Fehler bei der Untersuchung des Anschlags auf das israelische Hilfswerk AMIA mit 85 Toten im Jahre 1994 begangen zu haben. Das Geschworenengericht hat nun sechs Monate Zeit um zu entscheiden, ob Galeano sein Amt künftig ausüben darf oder ob seine Amtsenthebung dauerhafte Wirkung hat.

Die Anklage gegen Galeano führt dreizehn Vergehen während der Untersuchungsarbeit auf. Der schwerwiegendste Anklagepunkt ist die "illegale und geheime Zahlung" von 400.000 US-Dollar an Carlos Telleldín, den Hauptangeklagten in dem von Galeano geführten Verfahren. Der Automechaniker beschuldigte nach dem Erhalt der Geldsumme eine Gruppe von Polizisten der Provinz Buenos Aires, am Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Auf der Sitzung, an der die Familienangehörigen der Attentatsopfer anwesend waren, wies der Richterrat die von Galeano angeführten Erklärungen zurück. Der Bundesrichter hatte seine Selbstverteidigung knapp 40 Stunden lang vor der Anklagekommission im November vergangenen Jahres vorgetragen. "Es ist wichtig, die Verantwortlichen zu finden, dass wir zehn Jahre nach dem Anschlag immer noch nichts von den wirklichen Straftätern wissen", sagte die Abgeordnete Marcela Rodríguez, die zusammen mit dem Anwalt Beinus Szumuckler als Klägerin vor dem Geschworenengericht auftreten wird.

Galeano wird weiterhin angeklagt, Parallelakten mit Untersuchungsergebnissen angelegt und die Beweise zerstört zu haben. Er habe informelle Treffen mit Telleldín gehabt, die Zeugen zu Aussagen gezwungen sowie einen Angeklagten illegal festgenommen und gefoltert. Außerdem wird Galeano vorgeworfen, die telefonischen Gespräche von Telleldín, seinen Anwälten und einem Abgeordneten abgehört zu haben. Die Manipulation der Beweise sowie die Einstellung der Untersuchungen zu bestimmten Tatbeständen sind weitere Anklagepunkte.

Randglossen

Langsam gerät die politische Szene mit der Aufstellung der Kandidaturen für die landesweiten Parlamentswahlen am 23. Oktober in Bewegung. Expräsident Carlos Menem meldete in seiner Heimatprovinz La Rioja die Kandidatur für den nationalen Senat an. Menem widerrief frühere Ablehnungen einer Senatskandidatur, die er mit dem eigenartigen Argument begründete, wer einmal Papst gewesen sei, könne kein Bischofsamt betreiben. Die Kandidatur erwies sich als ein Hindernis für den Gouverneur Angel Maza, vormals Alliiertes Menems und neuerdings gehorsamer Parteigänger Präsident Kirchners. Maza bat Menem vergebens, auf die Kandidatur zu verzichten, und meldete nachher seine eigene Kandidatur in Konkurrenz zu Menem an, um seine Loyalität gegenüber dem Präsidenten zu dokumentieren. Es geht dabei um das Geld, das die Nationalregierung der Provinz zuteilt, damit sie finanziell über die Runden kommt. Anderenfalls kann sie die Gehälter nicht bezahlen.

Für Laien des argentinischen Strafrechts entpuppt sich die politische Diskussion um das jüngste Gesetz, das die Rechtswege für die Verjährung von Strafprozessen neu regelt, als völlig unverständlich. Die Vorlage war ausnahmsweise nicht von der Exekutive eingebracht worden, sondern von Senatoren, um die Verjährung unendlich langer Prozesse zu gewährleisten. Zahlreiche Strafrichter verzögern die Prozesse. Sie konnten bisher eigenwillig bestimmen, wann Verjährung zulässig ist. Sie entspricht dem Recht jedes Einwohners, nach einigen Jahren nicht mehr prozessiert zu werden, wenn kein Urteil anfällt. Künftig sollen sich die Richter an das neue Gesetz halten, das ihnen vorschreibt, unter welchen Voraussetzungen sie die Anträge auf Verjährung zulassen oder ablehnen dürfen, anstatt selber eigenwillig darüber zu entscheiden. In der Folge dürfen einige Korruptionsprozesse, die nicht abgeschlossen worden sind, der Verjährung verfallen, was wiederum in den Medien kritisiert wird. Allen kann man es nie Recht machen.

AUSFLÜGE UND REISEN

Pozo de las Animas für Sporttaucher

Auf der Zufahrtstraße von Marlagüe nach Las Leñas kommt man an den Pozos de las Animas vorbei: zwei nebeneinanderliegende, riesige Trichter, mit Wasser gefüllt. Um diese geologischen Formationen ranken sich alle möglichen Legenden. So soll man das Stöhnen einsamer Seelen dort vernennen, obwohl es sich dabei eigentlich um das Pfeifen des Windes handelt. Oder auch, dass die Wasserlöcher wie durch ein Sifon mit dem Pazifik kommunizieren.

Eines dieser beiden Löcher sieht wie ein perfekter Trichter aus, hat einen Durchmesser von 265 Metern, vom oberen Rand bis zum Wasserspiegel sind es 80 Meter. Als Sporttaucher vor wenigen Jahren erstmals den Grund erkundeten, stellte sich heraus, dass das Wasser lediglich etwa 18 Meter tief ist, also - natürlich - keinerlei Verbindung zum Stillen Ozean besteht. Der zweite Trichter ist noch größer, hat aber eine unregelmäßige Form.

Geologen wissen, dass es sich bei diesen natürlichen Trichtern (auf Spanisch torca oder dolina) um Auswaschungen handelt: In Schutthalde rinnt unterirdisch



Eines der Pozos de las Animas bei Las Leñas.

Wasser, das das Geröll wegwäscht, so dass die Oberfläche nach und nach einbricht.

Ebenfalls an der Zufahrtstraße nach Las Leñas, gleich am Beginn der Schlucht, jedoch rechter Hand gegenüber den Thermen Lahuen Co, existiert ein weiterer solcher Trichter, der sich gerade bildet: El Pedrero. Wasser steht hier noch

keines auf dem Grund, doch man sieht das Geröll einsacken.

Nun werden die mysteriösen Pozos de las Animas auch privaten Sporttauchern zugänglich gemacht. Sowohl in den Pozos als auch in der Laguna de la Niña Encantada kann man mit entsprechender Ausrüstung nunmehr nach Herzenslust tauchen. Im De-

zember fand hier das erste Encuentro de Buceo de Altura statt, worüber man sich in der Casa de la Provincia de Mendoza informieren kann, Tel.: 4371-7301, E-Mail: turismo@mendoza.gov.ar.

Überfüllte Hotels

Durch seine derzeitige Kondition als Billigland wie auch wegen seiner Alternative zu Südostasien steht Argentinien auch diesmal ein Rekordjahr von Auslandsbesuchern bevor.

Doch obwohl selbst die besten und teuersten Herbergen von Buenos Aires bis zur letzten Mansarde ausgebucht sind, sehen sich die Hotels einer paradoxen Situation gegenüber: Die Häuser können die fast ausnahmslos früh morgens in Ezeiza Eintreffenden, übermüdeten Reisenden erst nachmittags einquartieren, da umgekehrt sämtliche Maschinen nach Übersee abends oder nachts starten und viele Gäste spät ausziehen, womit nicht genügend Zeit zum Herrichten der Zimmer bleibt. Eine Besserung ist in dieser Hinsicht, trotz der günstigen Konjunktur, nicht in Sicht.

Marlú

AUTO UND MOTOR

Immer mehr Autos, doch keine neuen Straßen

Die argentinische Pkw-Produktion hat 2004 gegenüber dem Vorjahr um rund 50 Prozent zugelegt, obwohl sie damit freilich noch weit von früheren Rekordjahren entfernt ist.

Am schnellsten bewegten sich die Montagebänder von General Motors in dem riesigen Werk bei General Lagos, unweit Rosario. Insgesamt 53.895 Personenwagen und kleine Nutzfahrzeuge wurden hier hergestellt, von denen allerdings ein Großteil exportiert wurde. Es folgte Peugeot-Citroën mit

über 43.000 Einheiten, sodann Ford (über 33.000 Fahrzeuge), Volkswagen (knapp 23.000) und Renault (15.000). Insgesamt 171.400 Pkw, fast 500 Neue pro Kalendertag!

Allerdings spiegelt diese Statistik nicht die ganze Wahrheit wider, denn aufgrund der Mercosur-Abkommen besteht ein reger Gütertausch. So kommt es, dass der derzeit bei uns meistverkaufte Personenwagen, nämlich der VW Gol, ganz und gar aus Brasilien eingeführt wird, während VW in seinem Werk in General Pacheco lediglich den Polo (und in Córdoba Getriebe) herstellt.

Die VW-Tochter Seat hatte praktisch schon im vorausgegangenen Kalenderjahr die Fertigung, die nur geringe Stückzahlen erreichte, aufgegeben. Der Seat Córdoba war ohnehin eine Kopie des VW Polo.

Im übrigen wurden 2004 wesentlich mehr Gebrauchtwagen verkauft, was insofern ein Gutes hat, weil es sich um Fahrzeuge handelt, die bereits zuvor

zugelassen waren und auf den Straßen rollten. Die große Zahl der abgesetzten Zweithand-Autos ergibt sich vor allem daraus, dass viele von ihnen zwischenzeitlich auf Halde standen.

Obwohl wie gesagt frühere Rekordergebnisse nicht erreicht wurden, beobachten Fachleute die Entwicklung mit einer gewissen Sorge. Denn für keines der vom Band gerollten Autos ist in den letzten Jahren ein einziger Linealmeter

neuer Straßen oder Autobahnen gebaut, höchstens ausgebaut worden. So wird das Gedränge auf den Fahrbahnen von Mal zu Mal größer, und die Staus länger. Lediglich eine Erhöhung der Kraftstoffpreise könnte zwischendurch etwas Linderung schaffen, aber am Grundproblem ändert das nichts: Argentinien hat zu viele Autos bzw. zu wenige Straßen, vor allem in den Ballungsgebieten. Straßenbauprogramme sind nicht in Sicht.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 2,93. Die Terminkurse betragen zum 28.2. \$ 2,915, 31.3. \$ 2,930, 29.4. \$ 2,940, 31.5. \$ 2,950, 30.6. \$ 2,960 und 29.7. \$ 2,970.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 6,3% auf 1.487,39, der Burcapindex um 5,1% auf 3,337,54 und der Börsenindex um ebenfalls 5,1% auf 60.936,85.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in

Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,2% auf \$ 2,0765.

Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betragen am 7.2.05 US\$ 20,20 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 36,53 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 20,14 Mrd. bzw. \$ 36,53 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 19,69 Mrd. bzw. \$ 37,38 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 14,97 Mrd. bzw. \$ 29,66 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Ba-

PERSONALNACHRICHTEN

Geburten

Facundo Patricio Rosenberg, am 7.2.

Todesfälle

Axel M. Rohmann, am 3.2.

Edith Berger geb. Bader, 90, am 4.2.

Irma Jacob geb. Hartung, am 4.2.

Hans Schwippert, 93, am 7.2.

Cristina Margiotta geb. Friederichs, am 8.2.

Eva Marie Louise Kastl geb. von Essen, 84.

sis, betrug am 8.2.05 120,8%.

Die Provinzregierung von Catamarca hat den Konzessionsvertrag mit der spanischen Aguas del Valle für die Wasserver- und -entsorgung in Valle Central Gebiet gekündigt. Die Auflösung erfolgte im gegenseitigen Einvernehmen und das Unternehmen wird den Dienst weiter, bis zum 29.12.05 oder bis ein neuer Betreiber übernimmt, leisten. Die Provinzregierung anerkennt die Auswirkungen der Abwertung auf die Finanzgebahrung des Unternehmens, die Erhöhung ihrer Einstandspreise und Kosten, was die 20%ige Tarifierhöhung nach den Provinzwahlen im kommenden März rechtfertigt.

Nach zweijährigen Überprüfungsarbeiten hat Emfersa (Emprendimientos Ferroviarios SA) ihren ersten zweistöckigen Eisenbahnwagen auf die Schienen gebracht. Er wird im Inland hergestellt, bietet 124 Sitzplätze und soll den akuten Platzmangel bei der Sarmientostrecke lösen. Mit \$ 225 Mio. Investition sollen in 3 Jahren 150 Waggons nach dem Muster umgebaut werden. Obwohl die Sarmientostrecke 250 Züge im Tag einsetzt, kann sie den 04 wieder um 8% gestiegenen Fahrplatzbedarf nicht meistern. Da die derzeitigen Züge bereits 9 Waggons haben und nicht verlängert werden können, muss die Passagierzahl pro Waggon erhöht werden. Die neuen Waggons befördern um 40% mehr Passagiere und verfügen über warm/kalt Klimaanlage. Emfersa und TBA, die die Sarmiento- und Mitrebahnen betreibt, gehören zur Cirigliano-Cometransgruppe.

Argentinien würde von Spanien einen Kredit von US\$ 140 Mio. erhalten, um dort 5 Korvetten bauen zu lassen. Der Kredit wäre als erster nach dem Default bedeutungsvoll, wie Verteidigungsminister Pampuro nach Unterzeichnung eines Verständigungsabkommens mit seinem spanischen Kollegen, J. Bono, erklärte. Mit den 1.200-1.300 BRT Kriegsschiffen sollen argentinische Gewässer besonders gegen fremde Überfischungen geschützt werden.

Die Legung der Erdgasleitung Nordost läuft Gefahr, nicht umgesetzt werden zu können. Sie sollte Erdgas aus Bolivien bringen, dessen politische Krisenlage die Lieferungen in Frage stellt. Die von Repsol-YPF und Techint geplante Leitung kann ihre Anfangsetappen nicht überwinden. Wenn Bolivien keine Gesetzgebung verabschiedet, die die Lieferungen absichern kann, und nach dem Rücktritt von 9 Kabinettsmitgliedern Boliviens, bleiben die bedeutenden notwendigen Infrastruktur-Investitionen in Frage gestellt. Nach dem Energieplan der Regierung Kirchner vom Mai 04 muss die 20 Mio. cbm/Tag Leitung Nordost auch die Küstengebiete der grossen Flüsse ab Mai 05 mit Erdgas versorgen, was angesichts der

notwendigen technischen und finanziellen Leistung bereits undurchführbar erscheint. In Bolivien müssten von Repsol YPF, Petrobrás, Total und Pan American Energy US\$ 3 Mrd. investiert werden, auf der argentinischen Seite vom argentinischen Staat, Techint und Repsol YPF weitere US\$ 1,1 Mrd.

Das kanadische Bergbauunternehmen Minera Andes wird in ihr San José Gold- und Silbervorkommen in der Provinz Santa Cruz 05 weitere US\$ 17 Mio. investieren. Davon sind US\$ 13,2 Mio. für Bau- und Entwicklungsarbeiten in der Huevos Verdes Ader, in der 200 Mitarbeiter beschäftigt sind, US\$ 1,5 Mio. für Durchführungsstudien und US\$ 2,3 Mio. für die Erforschung von Randgebieten vorgesehen. Das San José Vorhaben wird zu 49% vom Minera Santa Cruz Konsortium betrieben, das Minera Andes gehört, und zu 51% von M. Hochschild & Cia.

Die Provinz Tucumán fordert bei der Justiz die Übergabe des Eisenbahnmaterials, das sich noch in Besitz der Firma NOA FC befindet und für den Passagierverkehr zwischen Tucumán und Buenos Aires Stadt unerlässlich ist. Nach Anfertigung des Inventars und der Übergabe des Rollmaterials könnte das Transportsekretariat einen vorläufigen Zuschlag der Dienstleistung durchführen. Der Eisenbahn-Passagierverkehr sollte, nach Ansicht der Behörde, im kommenden März beginnen und 4 Monate später zugeschlagen werden. Er war im September 04 unterbrochen worden, als die Provinz den Konzessionsvertrag mit NOA FC kündigte, was einen Rechtsstreit auslöste, der noch nicht abgeschlossen ist.

Die Kontrollbehörde der Provinz Tucumán hat für Stromlieferungen ausser an Haushalte eine Preiserhöhung von 5,54% bewilligt. Fast gleichzeitig erklärte Gouverneur Alperovich, dass er über den Vertrag mit dem Stromverteiler Edet (Empresa de Distribución Eléctrica de Tucumán) nicht verhandeln wird, bis der Firmpartner CGE (die chilenische Compañía General de Electricidad), der andere Partner ist Cartellone, die Klage bei dem Weltbankschiedsgericht Icsid zurückgezogen hat.

Edesur, der der spanischen Edesa gehörende Stromverteiler von Gross Buenos Aires Süd, hat 04 \$ 28,3 Mio. Verlust gehabt. Das waren um 28,3% mehr als 03. In einer Mitteilung macht die Firma die ungeklärten Finanzprobleme, die durch die Notstandsgesetzgebung entstanden, als die Tarife vor 3 Jahren eingefroren wurden, dafür verantwortlich. 04 hat Edesur \$ 147,6 Mio. investiert.

SanCor, das grösste Molkereunternehmen Argentiniens, hat seine Käsefabrikation in Córdoba mit US\$ 3 Mio. Investition modernisiert.

Aguas Argentinas verteidigt sich

Das Unternehmen Aguas Argentinas S.A., dessen Mehrheitsaktionär die französische Suez ist, wobei auch die spanische Aguas de Barcelona mit 25% beteiligt ist, das die Wasserversorgung und -entsorgung im Raum der Bundeshauptstadt um Umgebung betreibt, hat sich in einer Pressemitteilung gegen die groben Angriffe von Präsident Kirchner verteidigt und die Dinge richtig gestellt. Die Firma hat einen täglichen Verlust von \$ 300.000 und braucht zusätzliche Einnahmen von \$ 650 Mio. jährlich, um die Investitionen durchführen zu können, die als notwendig erachtet werden.

Zwischen 1993 und 2001 hat das Unternehmen US\$ 1,7 Mrd. investiert, was über US\$ 200 Mio. pro Jahr darstellt. Das ist weit mehr als der Staatsbetrieb „Obras Sanitarias de la Nación“, den Aguas Argentinas übernommen hat, in seinem langjährigen Bestehen jemals investiert hat. Die Investitionen wurden für 6.000 km neue Leitungen und die Instandsetzung von 2.000 km bestehender Rohrleitungen eingesetzt. 2 Mio. Einwohner wurden neu mit Leitungswasser bedient und eine Million mit dem Kloakendienst.

Das Unternehmen hat Einnahmen von \$ 650 Mio. jährlich und Betriebsausgaben (Gehälter, Bezüge von Dritten u.s.w.) in Höhe von \$ 400 Mio., zu denen noch \$ 100 Mio. kommen, die für den Treuhandfonds bestimmt sind, den der Staat verwaltet. Es verbleiben somit \$ 150 Mio. als operative Marge. Wenn man \$ 250 Mio. abzieht, die auf Amortisation der Schulden entfallen (die gegenwärtig nicht gezahlt werden), dann ergibt sich ein finanzielles Defizit von \$ 100 Mio. jährlich, das \$ 300.000 pro Tag bedeutet.

Für die Zukunft sind \$ 500 Mio. jährlich für die Ausweitung des Dienstes und weitere \$ 300 Mio. zur Instandhaltung der bestehenden Anlagen notwendig. Das ergibt einen finanziellen Fehlbetrag von \$ 650 Mio. jährlich, ebensoviel wie die jährlich Gesamteinnahmen. Somit müssten die Tarife verdoppelt werden. Das Unternehmen hat jedoch eine Erhöhung von 60% gefordert, und die Regierung hat sich laut Lavagna zunächst bereit erklärt, 16% bis 20% zu gewähren, wobei Präsident Kirchner dann für überhaupt keine Erhöhung eintrat.

Die Umstrukturierung seiner 12 Käsefabriken wird insgesamt US\$ 5 Mio. erfordern. Ein wesentlicher Anteil ist für die Erzeugung von Hartkäse, halbhartem Käse und Trockenmilch vorgesehen.

Der Präsident der lokalen Shell, Juan José Aranguren, erklärte, das Problem der Knappheit von Dieseltreibstoff (gasoil), das im November und Dezember 04 aufgetreten sei, sei keineswegs überwunden, wobei er Knappheit für Ende Februar oder Anfang März voraussagte. Die Ursache sei, dass das leichte Erdöl, das für die Raffinierung des Dieseltreibstoffes verwendet werde, einen höheren Preis im Ausland als im Inland habe, so dass es den Erdölproduzenten konveniere, es zu exportieren. Das bezieht sich konkret auf Repsol-YPF. Es sei nicht logisch, die Unternehmen zu zwingen, Dieseltreibstoff zu importieren, der mit Steuern doppelt so teuer zu stehen komme wie der lokal erzeugte. Indirekt setzte sich Aranguren somit für ein Exportverbot von leichten Erdöl ein.

Zum ersten Mal in vielen Jahren haben die 3 wichtigsten öffentlichen Banken, Nación, Bapro und Ciudad, 04 schwarze Zahlen geschrieben und \$ 218 Mio. verdient. Durch die bedeutenden Fiskalüberschüsse sind ihre Einlagen stark gestiegen. Nach ZB Angaben geht über diese Banken bereits die Hälfte der Gesamtmittel des Finanzsystems.

Im Januar haben die Kredite an die Privatwirtschaft stark zugenommen. Wie die Beraterfirma abeceb.com berichtet, haben diese Kredite im ganzen Jahr 04 um 11,9% zugenommen, im Januar um 31,8%.

Gafa, Hersteller elektrischer Haushaltsgeräte in Rosario, investiert US\$ 2 Mio. in seine Betriebsenerweiterung. Damit soll ein Jahresausstoss von 150.000 Kühlschränken erreicht werden. Gafa gehört der chilenischen Sigdo Koppers Gruppe die vor etwa 10 Jahren durch den Kauf der Firma Frimetal nach Argentinien kam.

Der Gebrauchtwagenverkauf nahm im Januar weiter zu. Er erreichte knapp 87.000 Einheiten, um 17% mehr als im Vorjahresjanuar und um 5% mehr als im Vormonat.

Der lokale Shell Präsident Juan José Aranguren dementierte, dass Shell in Argentinien an PDVSA oder sonst jemand verkaufen werde. Die Leitung des Shell Konzerns habe beschlossen in Argentinien und Chile zu bleiben, obwohl das Geschäft gegenwärtig nicht rentabel sei, weil die Brennstoffpreise zu niedrig seien. Die Erklärungen von Hugo Chávez, Präsident von Venezuela, und seines Energieministers (siehe AT vom 6.2.05), wurden somit sofort dementiert. Shell hat in Argentinien einen Marktanteil von 21,5% bei Superbenzin, 14,4% bei Normalbenzin und 19,4% bei Dieselt-

reibstoff. Von den 2,65 Mio. cbm. Erdöl, die im September 04 verarbeitet wurden, entfielen 14,45% auf die Shell-Raffinerie. Von den 930 Shell-Tankstellen sind 160 Eigentum von Shell, während 770 auf Konzessionäre entfallen.

Im Januar hat die Banco Nación auf dem Markt Devisen für US\$ 400 Mio. gekauft, gegen nur US\$ 314 Mio. der ZB. Auf diese Weise trägt die Banco Nación zur Stützung des Wechselkurses bei und sammelt gleichzeitig Devisen für die Zahlungen des Schatzamtes an die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und den IWF. Im Dezember 04 hatte die ZB US\$ 1,4 Mrd. gekauft.

Argentinien ist weltweit der grösste Exporteur von Zitronen, Mandarinen und Birnen, für insgesamt US\$ 1,1 Mrd. 04. Doch der Binnenkonsum von Obst und Gemüse pro Kopf der Bevölkerung ist äusserst gering, und liegt sogar unter dem afrikanischer Staaten.

Gemäss einem Bericht von Ginvest Asset Management haben finanzielle Treuhandfonds 4 Zeichnungen von Anteilscheinen im Januar 05 durchgeführt, für insgesamt \$ 119,09 Mio., 13 Mal so viel wie im Januar 04. Im ganzen Jahr 04 wurden 77 Treuhandfonds für insgesamt \$ 1,62 Mrd. gebildet, 560% mehr als die 19 von 03. Für ganz 05 werden Treuhandfonds für etwa \$ 2 Mrd. erwartet. Diese finanziellen Treuhandfonds sind für die Banken insofern vorteilhaft, weil sie sie nicht zwingen, das Eigenkapital entsprechend zu erhöhen, wobei sie auch keine Gefahr eines plötzlichen Abzugs von Depositionen („run“) laufen, da in diesem Fall nur der Marktwert der Anteilscheine sinkt. Schliesslich sind sie für diese Fonds nicht gezwungen, Mindestreserven zu bilden, was eine niedrigere Marge zwischen Aktiv- und Passivzinsen erlaubt. Das Gesetz sieht vor, dass im Fall eines Vergleichsverfahrens, eines Konkurses oder der Liquidierung einer Bank, diese Treuhandfonds ausgenommen werden, was für die Anleger ebenfalls von Vorteil ist, vor allem, bei schwachen Banken.

Der Verbrauch von Dungemitteln ist von 220.000 t im Jahr 1990 auf 2,2 Mio. t im Jahr 04 gestiegen.

Landwirtschaftssekretär Miguel Campos erklärte nach einer Unterredung mit dem Kommissar für Sanität und Konsumentenschutz der EU, Markos Kyprianou, dass dieser versichert habe, er werde alles tun, um zu erreichen, dass die Verbote, die in EU-Staaten über genetisch verändertes Getreide und Ölsaaten bestehen, aufgehoben werden. Die Genehmigung der neu entwickelten transgenen Pflanzen solle mit aller Natürlichkeit vollzogen werden. Andererseits äusserte Campos seine Sorge über die Festsetzung von Grenzen bei

Insektenvertilgungsmitteln bei Pflanzen und Tieren. Etwa 500 Substanzen sollen verboten werden, wobei Argentinien bei 40 direkt betroffen sei.

Im Januar wurden knapp 8 Mio. Touristen gezählt. Dem Fremdenverkehrssekretariat zufolge waren das um 7% mehr als vor einem Jahr. Die durchschnittliche Übernachtungszahl wird vom Sekretariat mit 7,1 angegeben die täglichen Ausgaben pro Besucher stiegen um 20% auf \$ 66. Mar del Plata war zu Spitzenzeiten mit 380.000 Besuchern zu 100% ausgelastet, im Januar durchschnittlich zu 88% mit 337.328 Besuchern. Die anderen Baderessorts am Atlantik wiesen ähnliche Besucherzunahmequoten aus. Die von vielen Inlandsbesuchern bevorzugte Provinz Córdoba war in der ersten Januarhälfte zu 84% und in der 2. zu 92% ausgelastet. Sie erhielt 1,8 Mio. Besucher. Auch der Nordwesten des Landes und Patagonien verzeichneten einen zunehmenden Inlandsbesucherstrom. Villa La Angostura hatte um 33% mehr Besuche als vor einem Jahr, El Calafate um 26,1%, Ushuaia um 20,7%, wo über 20.000 Besucher von Kreuzfahrten durchschnittlich \$ 358,64, den grössten Durchschnittsbetrag der Fremdenverkehrssaison, ausgaben.

Argentiniens Schuhfabrikanten gaben an, dass im Januar 05 aus Brasilien eine halbe Mio. Paar Schuhe, um 60% mehr als vor einem Jahr, eingeführt wurden. **A. Sellaro, Präsident der argentinischen Kammer der Schuhwerkhersteller, beschwerte sich, dass die brasilianischen Konkurrenten keine Verhandlungsbereitschaft zeigten. Sie kamen weder zum Treffen in Belo Horizonte, noch zu dem in Buenos Aires. Argentinien Industrialsekretariat hat zugegeben, dass 04 statt den zwischen den Industriellen beider Staaten vereinbarten 12 Mio Paar Schuhe, aus Brasilien 15 Mio. Paar eingeführt worden sind.**

Argentiniens Konkurrenzschutzbehörde hat angeordnet, dass die beiden Supermarktketten Jumbo und Disco als getrennte Firmen zu führen sind, bis die Justiz ihre Fusion bewilligt.

Telefónica de Argentina gab bekannt, dass 04 um 71% mehr Telefonkabel gestohlen wurden, als 03. 531.000 Anschlüsse wurden dadurch unterbrochen.

Die Beiträge der privaten Krankenkassen haben 04 im Durchschnitt um 9% zugenommen. Kfz-Versicherungen wurden im Durchschnitt um 3% billiger, wie das Unterstaatssekretariat für Verbraucherschutz bekanntgab.

Die Erdgasausfuhren nach Chile wurden in dieser Woche wieder verringert, besonders ins Zentralgebiet des Nachbarlandes. Metrogas

beschränkte die Lieferungen um weitere 150.000 cbm/Tag auf 600.000 cbm/Tag ein.

Im Januar 05 wurden 52.638 Kfz neu angemeldet, um 62,4% mehr als vor einem Jahr. Wie der Konzessionsverbandsverband Acara betonte, sei das die grösste Zahl seit 1998, als im Januar 66.798 Neuanmeldungen durchgeführt wurden. Im Januar 1999 waren es 51.862, 02 16.184 und 03 14.498.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) hat mitgeteilt, dass sie US\$ 780.000 für Finanzierungen kleiner und mittelständischer Unternehmen in Argentinien (Pymes) bereitstellen wird. Die Mittel sollen jenen helfen, die neue Ideen entwickeln, sowie Geschäften, die seit weniger als 3 Jahre tätig sind, desgleichen Institutionen, die derartige Vorhaben unterstützen.

Durch Beschluss 204/05 des Sekretariates für Umwelt (Amtsblatt vom 8.02.05) wurde vom 1.4.05 bis zum 31.3.06 ein Exportkontingent von 2,5 Mio. Fischotter („nutria“) festgelegt, von dem eine Mio. auf Entre Rios entfallen, 834.200 kg auf die Provinz Buenos Aires, 485.800 kg auf Santa Fé und der Rest auf andere Provinzen.

Landwirtschaftssekretär Campos forderte von der Kommissarin für Landwirtschaft der EU, Miriam Fischer Boel, die er in der Vorwoche aufgesucht hatte, dass die EU die Importquote mit niedrigem Zoll für Rindfleisch für den Mercosur von den angebotenen 100.000 Jato auf 300.000 Jato erhöhe, als Voraussetzung, um die Verhandlungen Mercosur-EU wieder aufzunehmen. Davon würden etwa 100.000 Jato auf Argentinien entfallen, gegen etwa 28.000 Jato der bestehenden Hilton-Quote. Die EU importiert 350.000 Jato Rindfleisch. Das Problem des höheren Kontingentes ist für die EU fiskalisch, da dann der hohe Zollsatz, von über 100% auf Rindfleisch, entfällt. Für Argentinien würde ein höherer Nettopreis bei Exporten die Stellung der Exporteure gegenüber dem Inlandskonsum stärken, so dass der Export auch bei höheren Marktpreisen möglich wäre.

Das statistische Amt (INDEC) meldet, dass der Index der Lohnveränderung (CVI, „Coeficiente de variación salarial“) 04 eine Erhöhung von 9,2% aufweist, was bei einer Zunahme des Indices der Konsumentenpreise von 6,1% per Saldo eine reale Erhöhung von 3,1% hinterlässt.

Die Regierung hat am Dienstag Schulden und Zinsen für Staatstitel, die sich nicht im Default befinden, für US\$ 356 Mio. gezahlt. Dies bezieht sich auf Boden 2007, 2011 und 2012 und Bocon. Am 3. Februar waren schon US\$ 228 Mio. gezahlt worden, die auf die Titel PRE8, PRE11,

PRE12, Boden 2007 und 2011 entfielen.

1.200 italienische Inhaber defaulter argentinischer Bonds haben bei einem Gericht in Rom die Beschlagnahme argentinischer Staatsgüter im Ausland beantragt, und hoffen, dass das Urteil vor dem 25. Februar gefällt wird, der Frist für den Bonds- und Staatsgütertausch. Es handelt sich spezifisch um die Beschlagnahme eines Kredites einer italienischen Kooperationsinstitution an argentinische Kleinunternehmen, einer „Caja Argentina“ genannten Immobilie und auch der italienischen Quote an der Finanzierung des IWF für Argentinien.

Gemäss Angaben des Argentinischen Instituts für den Kapitalmarkt, das von der Börse von Buenos Aires abhängt, betrug der Börsenwert der Aktien der kotierenden Gesellschaften am 31.12.04 US\$ 231,73 Mrd., und lag somit deutlich über dem bisherigen Rekordstand, der Mitte Januar 01 mit US\$ 202,49 Mrd. erreicht wurde. Der Dollarwert der Aktien der kotierten Unternehmen lag um 23,2% über Dezember 01 und um 27,8% über Dezember 03.

Mit dem Beschluss 49/05 (Amtsblatt vom 7.2.05) hat das Energie-sekretariat bestimmt, dass die Stromgrossistenbehörde Cammesa den privaten E-Werken 35% der Schulden zu zahlen hat, die Cammesa ihnen gegenüber 04 angesammelt hat. Die Zahlung hat auch an jene E-Werke zu erfolgen, die der Investition ihrer Forderungen in ein oder 2 neue E-Werke nicht zugestimmt haben, und zwar in 4 Raten nach dem 7.2.05. Zum 31.12.04 hatte die Gesamtschuld von Cammesa an private und staatliche E-Werke \$ 1,09 Mrd. betragen, davon waren \$ 989 Mio. Staatsschulden an die Stromerzeuger und \$ 101 Mio. eine Schuld von Dpec, dem Stromverteiler der Provinz Corrientes, an das Verbundsystem. 04 hatten die Schulden von Cammesa um \$ 850 Mio. zugenommen, davon \$ 325 Mio. an private Stromerzeuger. Jetzt muss ihnen Cammesa \$ 114 Mio. in 4 Monatsraten von \$ 28,5 Mio. zurückzahlen. Die restlichen 65% kommen in den Fonivemem Fonds, als Beitrag der von Total 32%, Endesa 30%, AES 26%, Petrobras 11%, CMS Energy und kleineren Gruppen, zusammen 1%, kontrollierten E-Werke, zu dem Bau von 2 neuen Wärmekraftwerken bis 2006.

Die Donaldsgruppe, die die Peñaflor Weinkellerei gekauft hat, hat jetzt 51% von Zucamor übernommen, die Kartons für Weinkellerei und Obstexporteure in San Juan und Mendoza herstellt. Eine neue Druckerei für Kartonnagen wird ab April gestattet, den Ausstoss um 30% zu erhöhen, und mit \$ 1,25 Mio. Investition soll auch die

Fertigung von 8 Mio. Kartons verdoppelt werden.

Tucumáns Gouverneur Alperovich hat dem von der chilenischen CGE (Compañía General de Electricidad) kontrollierten E-Werk Edet mit der Vertragskündigung gedroht, wenn sie ihre Klage vor dem Weltbankschiedsgericht nicht zurücknimmt. Edet hatte im Januar eine Klage beim Icsid in Washington über Entschädigungen für Tarifänderungen eingereicht. Am 4.2.05 hat das Icsid die Klage angenommen.

Zum ersten Mal seit Beginn der Wirtschaftskrise haben Hypothekenkredite netto zugenommen. Im Januar stieg ihr Gesamtbetrag um \$ 120 Mio. bzw. 1,4%. Nach ZB Angaben haben die Gesamtkredite an die Privatwirtschaft gegenüber dem Vormonat um 3,1% und gegenüber dem Vorjahresjanuar um 30,3% zugenommen.

05 will Toyota im Werk in Zárate mit 2 neuen Modellen 45.000 Kfz vom Band laufen lassen. 06 würden es 60.000 sein. Der Hauptanteil wird eine neue Fassung des Hilux Kleinlasters sein, doch sei auch ein sportliches Kleinlastersmodell vorgesehen. Im September 04 hatte Toyota US\$ 200 Mio. Investition angekündigt, um das Werk, besonders zur Herstellung von Mehrzweckfahrzeugen für den Export, zu erweitern. Dazu kommen jetzt weitere US\$ 20 Mio. für eine Stanzanlage. Damit soll das Werk in Zárate der Standort für Mehrzweckfahrzeuge für Lateinamerika und die Karibik werden.

Die Provinzregierung von Mendoza will ihre Petrom Bonds frühzeitig zurückkaufen. Diese Bonds gehören zu den Ersatzgeld-Provinzbonds, die vor Ende der Konvertibilität in Umlauf gebracht worden waren. Bis zum 31.3.05 können Inhaber der Bonds, die im April 07 fällig werden, diese 1:1 in Pesos zusätzlich der bis zum 30.9.03 angelaufenen Zinsen, eintauschen.

Bei der ZB-Wechselausschreibung vom Dienstag wurden \$ 200 Mio. ausgeschrieben und \$ 816 Mio., davon \$ 423 Mio. für indexierte Papiere, angeboten. \$ 299 Mio. wurden angenommen, davon \$ 101 Mio. in CER-indexierten Wechseln. Für Lebac auf 2 Jahre wurden \$ 60 Mio. geboten und \$ 2 Mio. zu 0,7% (vorh. 1,05%) angenommen. Auf anderthalb Jahre wurden \$ 96 Mio. angeboten und \$ 23 Mio. zu 0,2% (vorh. 0,44%) angenommen. Auf 1 Jahr wurden \$ 135 Mio. geboten und \$ 39 Mio. zu -0,35% (vorh. -0,1%) angenommen. Nobac ohne Indexierung fanden keine Interessenten. Für CER-indexierte Nobac auf 4 Jahre wurden \$ 127 Mio. geboten und \$ 32 Mio. zu 2,85% (vorh. 3,29%) angenommen. Auf 3 Jahre wurden \$ 5 Mio. geboten und zu 2,10% (vorh. 2,25%) voll

angenommen.

04 haben die Werbeausgaben um 23% auf den Rekordbetrag von \$ 8,3 Mrd. bzw. US\$ 2,83 Mrd., zugenommen. Der Betrag wurde aufgrund der Bruttotarife ermittelt, die 50% bis 60% über den von Grossanzeigern tatsächlich bezahlten Beträgen liegen. In Pesos sind es die grössten Werbeausgaben seit 1995, in Dollar weniger als die Hälfte von 1999, als 5,99 Mrd. Pesos/Dollar für Werbung bezahlt wurden. Die Angaben stammen von Universal McCann nach Informationen von Monitor u. Scopesi.

Nach dem ITCM-Index, der den Pesowert nach einem Devisenkorb bestimmt, hat dieser im Januar gegenüber Dezember 04 um 2,4% zugenommen. Hingegen war der Pesowert um 3,3% geringer als vor 12 Monaten und um 50,8% geringer als im Durchschnitt während der Konvertibilität.

Jujuy hat als erste Provinz das PFO (Programa de Financiamiento Ordenado) für 05 unterzeichnet. Es gestattet staatliche Finanzhilfen für die Provinz, vorausgesetzt dass diese ihre Finanzen in Ordnung hält. Am Donnerstag haben die Provinzen Entre Rios, Formosa, Misiones, Tucumán und Rio Negro ähnliche Abkommen getroffen. Wirtschaftsminister Lavagna erklärte dazu, das PFO habe gestattet, die Provinzdefizite, die zusammen 1,5% des BIP 01 ausgemacht haben, 04 in einen BIP-Überschuss von 1,5% umzuwandeln. So hatte die Provinz Jujuy 01 ein Primärdefizit von \$ 61 Mio. und ein Gesamtdefizit von \$ 176 Mio., hingegen 04 einen Primärüberschuss von \$ 84 Mio. und einen Gesamtüberschuss von \$ 34 Mio.

Am 19.2.05 wird die Regierung die Arbeiten für die patagonische Erdgasleitung in Gang setzen. Sie wird von den Gaslagern von Cerro Dragón, nahe Comodoro Rivadavia, die Provinz Chubut von Osten bis Westen, bis zur Ortschaft Esquel, durchqueren, 610 km lang sein, bis knapp über 1 Mio. cbm/Tag befördern und \$ 243 Mio. Investition erfordern. Bauherr wird die staatliche Emgasud sein, Betriebsbeginn im August 06. Mit der Anerkennung durch die Überwachungsbehörde Enargas, als Betreiber der patagonischen Erdgasleitung, wird Emgasud nach TGN und TGS das landesweit drittgrösste Erdgas-Transportunternehmen.

Das Molkereunternehmen Mastellone Hermanos hat im Oktober 04 US\$ 330 Mio. mit der Zustimmung von 96,58% ihrer Gläubiger umgeschuldet. Die Inhaber fälliger Obligationen für US\$ 225 Mio. nahmen neue an und die Banken gaben für 100% ihrer Fälligkeiten von US\$ 103,8 Mio. neue Kredite. Dem französischen Konkurrenten Danone schuldete Mastellone US\$ 29,13 Mio. die jetzt, wie an der Börse mitgeteilt

wurde, auf US\$ 15 Mio. verringert werden konnten. Dazu wurden Danone 44% des Logistikunternehmens La Sereníssima übertragen, der jetzt 95% desselben besitzt. Die Fälligkeit der restlichen US\$ 15 Mio. wurde verlängert.

Die Versicherungsbranche hat 04 gegenüber dem Vorjahr 16,5% zugelegt. Wie die Überwachungsbehörde bekanntgab, wurde 04 für \$ 12,35 Mrd. versichert. 69,3% waren Vermögensversicherungen, 19,2% Lebensversicherungen und 11,5% Ruhestandsversicherungen. Die grösste Sparte der Versicherungen, Kfz, nahm im Vergleichsjahr um 4% zu, Arbeitsrisikoversicherungen um 33%. Bei Lebensversicherungen wurden 21,4% Zunahme verzeichnet, was eine teilweise Erholung von den Rückgängen in den vorherigen 2 Jahren brachte.

Came, der Verband kleiner und mittelständischer Unternehmen, und Faesys, der Verband der Handels- und Dienstleistungsangestellten, treten, mit dem Wohlwollen der Kirche, für die Schliessung der Einzelhandelsläden und Supermärkte an Sonntagen ein. Sie fordern ein Gesetz, dass die Schliessung an Sonntagen anordnet. Bis 1989 war die Geschäftsschliessung an Sonntagen Zwang, was durch ein Notstandsdekret und später durch ein Gesetz aufgehoben wurde. Allerdings werden Ausnahmen erwähnt, wie Restaurants und Geschäfte in Fremdenverkehrsressorts während der Saison. Auch Shoppings seien ein Sonderfall.

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat die Citigroup Global Markets verpflichtet, ihre Fälligkeiten von knapp US\$ 2,9 Mrd. seit der Zahlungseinstellung, umzuschulden. Nach der Umschuldung der Staatsschuld Argentinien, im 2. Halbjahr 05, sollen die Angebote der Provinz an die in- und ausländischen Gläubiger gemacht werden. Ohne auf die Grösse des vorgesehenen Abschlages einzugehen, erklärte Provinzminister Otero, das Angebot werde im Einklang mit den Zahlungsmöglichkeiten der Provinz und den vorrangigen sozialen Notwendigkeiten stehen. Er werde nicht viel anders als das des Staates sein. Die Citigroup werde ab einer Annahme von 85% der Gläubiger 0,35% Provision erhalten, ferner US\$ 120.000 im Monat für feste Spesen in den ersten 60 Tagen und US\$ 80.000 ab dem 3. Arbeitsmonat.

Nach amtlichen Angaben hat das Baugewerbe in Buenos Aires Stadt 04 weiter kräftig zugelegt. Im Oktober haben die Baubewilligungen in qm, im Vorjahresvergleich, um 287% zugenommen.

Die Suche nach Arbeitskräften durch Zeitungsannoncen hat im Januar, im Vormonatsvergleich, trotz der Urlaubssaison, um 6,81% zugenommen. Faett, der Verband der Ver-

mittlungsunternehmen für Teilzeitsbeschäftigungen, hat im Januar im Wochendurchschnitt landesweit 15.227 Zeilen von Anzeigen gezählt. Das sei eine dem 2. Halbjahresdurchschnitt 04 ähnliche Zahl.

Das Abgeordnetenhaus hat das Gesetz verabschiedet, dass jede Angebotsverbesserung an Inhaber defaultierter Bonds verbietet. Bei 30 Stimmenthaltungen wurden 146 Stimmen für und 8 Stimmen gegen die vom Senat bereits angenommene Regierungsvorlage abgegeben.

Ein Handelsgericht hat das Abkommen von Ciccone Calcográfica mit ihren Gläubigern gutgeheissen. Die Firma wird ihre Verpflichtungen in 13 Jahren abzahlen. Durch den Rechtsanspruch kann Ciccone wieder an internationalen Ausschreibungen teilnehmen.

Mittels Beschluss Nr.76 des Arbeitsministeriums (Amtsblatt vom 10.2.05) hat die Regierung das Mindestgehalt für Hauspersonal, rückwirkend ab dem 1.1.05, um 12,5% erhöht. Das Mindestmonatsgehalt für 8 oder mehr Arbeitsstunden am Tag ohne Schlafstelle stieg von \$ 400 auf \$ 450, der Stundenlohn von \$ 3 auf \$ 3,40. Für die restlichen Gehaltsstufen gelten entsprechende Erhöhungen. Schätzungen zufolge ist derzeit über 1 Mio., 7,6% aller Beschäftigten, als Haushaltspersonal mit oder ohne Schlafstelle oder Stundenweise, beschäftigt, davon 95% schwarz. Für Haushaltspersonal sind 2 Arbeitsverordnungen in Kraft: Die von 1956, die Hausangestellte ab einer gewissen wöchentlichen Beschäftigungszeit als angestelltes Personal betrachtet, das jedoch nicht alle Begünstigungen des Arbeitsvertragsgesetzes genießt. Etwa 40.000 Hausangestellte sind hier eingetragen und auf sie bezieht sich obige Verordnung. Anfang 2000 wurde eine andere Verordnung erlassen, derzufolge dieses Personal Einheitssteuerpflichtig ist, mit einem vom Arbeitgeber und -nehmer gemeinsam zu zahlenden Monatsbeitrag von \$ 55, die den Anspruch auf Rente und Sozialwerk sichern. Hier sind etwa 11.300 Arbeitnehmer eingetragen.

Als Ergebnis der Verhandlungen mit dem Flughafenkonzessionär würde der Staat 20% der Firma Aeropuertos Argentina 2000 (AA 2000) übernehmen. Die Unterlagen, die sich noch in der Rechtsabteilung der Präsidentschaft befinden, würden dem Konzessionär Eurnekian 51% überlassen, 29% müssten an die Börse und 20% an den Staat. Das Uniren-Amt für die Überprüfung und Neuaushandlung von Dienstleistungsverträgen hat die Lösung gebilligt. Der Staat und AA 2000 teilen das Aktienpaket der Edcadassa, die die Luftfrachtabfertigung betreibt.

Agua Argentinas, Konzessionär

der Wasserver- und -entsorgung von Gross Buenos Aires, ist am Donnerstag nicht zur Unterzeichnung der Verlängerung des Verwaltungsabkommens der Infrastrukturtruhand 05 erschienen, zahlte jedoch am Freitag die erste fällige Rate dafür, \$ 3,2 Mio., ein. Der Staat hat die Dauer des Truhandfonds einseitig verlängert, doch Aguas Argentinas kann sich dem nicht anschliessen, da kein Vertrag besteht und die Abkommenserklärung am 31.12.04 ohne Ersatz abgelaufen ist.

Wirtschaftsminister Lavagna gab bekannt, dass er im April eine weitere Tranche von \$ 1,2 Mrd. des Fiskalförderungsprogramms 05, Steuerbegünstigungen für Investitionen in Kapitalgüter für die Industrie, bereitstellen wird. Die erste öffentliche Ausschreibung mit 3 Jahren Laufzeit, des Programms, erfolgte am 24.9.04. Von den 44 Anträgen wurden bereits 22 für Investitionen von insgesamt über \$ 6,11 Mrd. bewilligt. Die anderen werden noch bearbeitet. Die für April angekündigte Tranche wird, wie die erste, 2 Förderungen bieten: Frühzeitige MwSt-Rückerstattungen für die Kapitalgüter und die Möglichkeit frühzeitiger Abschreibungen derselben von der Gewinnsteuer. Nur bei Investitionen für den Export kön-

nen beide Begünstigungen bewilligt werden.

Die Stromlieferungen waren im Januar 05 um 5% grösser als vor einem Jahr. Am 5.1.05 würde der bisher grösste Spitzenbedarf von 15.129 MW verzeichnet. Dem monatlichen Bericht der Fundelec Stiftung zufolge wurden im Januar 7.609,7 GW Strom verbraucht, um 3,11% mehr als im Vormonat. Die grösste Zunahme gegenüber dem Vormonat verzeichnete die Provinz Santiago del Estero mit 17,74%, vor Jujuj 15,22% und Salta 15,12%.

Im Januar ist der Absatz von Baumaterial gegenüber dem Vormonat um 8,23% zurück gegangen. Wie der Construyaindex der grössten Baumateriallieferanten weiter angibt, stieg der Absatz gegenüber dem Vorjahresjanuar um 6%.

04 wechselten 710.590 Mitglieder der privaten AFJP Rentenkassen, um 95% mehr als 03, zu einer anderen Kasse über. Das waren rd. 20% aller Mitglieder. AFJP Nación erhielt dadurch 77.928 neue Mitglieder, Máxima verlor 28.770. Bis zum Abschluss der argentinischen Umschuldung ist der Übergang zu einer anderen Kasse untersagt.

mehr erwarten, wird sich in den kommenden zwei Wochen erschöpfen. Die Regierung hat hierfür in nur einer Woche und zwei Sitzungen, eine im Senat und eine in der Deputiertenkammer, ein Gesetz verabschiedet, das der Exekutive ausdrücklich verbietet, die Offerte zu verbessern sowie Sonderabkommen vor Gericht oder ausserhalb mit Bondsinhabern abzuschliessen. Das Gesetz soll signalisieren, dass die jetzige Offerte definitiv ist, damit zahllose zaghafte Bondsinhaber die Offerte als die weniger schlechte Alternative annehmen, ansonsten sie auf wertlosen Papieren sitzen bleiben. Das Gesetz schiebt dem Kongress die Vollmacht in die Hände, trotzdem mögliche Verbesserungen der Offerte gut zu heissen, wie es übrigen in der Verfassung steht.

Der Kongress, nicht die Exekutive, befasst sich mit der Staatsschuld. In der Praxis ist diese Vollmacht freilich nicht durchführbar, weshalb stets die Exekutive, lies der Wirtschafts- oder Finanzminister, verhandelt und der Kongress per Gesetz nachvollzieht. Insofern kann trotz des neuen Gesetzes inskünftig abermals die Exekutive die Offerte verbessern, das Ergebnis dem Kongress vorlegen oder sogar mit einem Notstandsdekret, gezeichnet von allen Kabinettsministern, das neue Gesetz widerrufen. Bondsinhaber, die die Offerte zeichnen, wie sie jetzt vorliegt, werden durch eventuelle Verbesserungen ebenfalls begünstigt. Sie geniessen die Klausel der Meistbegünstigung.

Zahllose kleine Bondsinhaber, lies Sparer und Pensionäre, sollen, wie berichtet worden ist, in den vergangenen drei Jahren, insbesondere in den letzten Wochen, ihre Bonds am Kapitalmarkt veräussert haben, wo sie ausserbörs-

lich gehandelt werden. Die Preise sind von etwa 20% des Nominalwertes auf über 30% gestiegen, was zeigt, dass sie gefragt waren. Die Verkäufer haben somit einen Verlust von 80% bis 70% oder etwas weniger hinnehmen müssen. Die Käufer können jedoch vorteilhaft die Offerte annehmen, die für sie etwa Pari bedeutet, so dass sie mit Diskontbonds am besten fahren. Deren Zinssätze von rund 8% auf den Kaufpreis sind hinreichend attraktiv.

Hier hakt die bemerkenswerte Zinsbaisse der langfristigen US-Bonds ein. 30jährige Bonds werden bereits zu 4,5% per annum gehandelt, zehnjährige Bonds zu nur 4,0%. Diese Zinssätze sind in den letzten Monaten um mindestens 1% gefallen. Früher lagen sie fühlbar höher. Diese Zinsentwicklung kommt der argentinischen Umschuldung entgegen. Käufer von Bonds können dabei gut verdienen, zumal sie erwarten dürfen, dass die neuen Bonds der Umschuldung, zumal die höher verzinslichen Diskont-Bonds, sich eines regen Marktes erfreuen werden und möglicherweise zunehmen, wenn die Akzeptanz für einen Erfolg der Umschuldung sorgt. Wie lange die US-Zinsbaisse langfristiger US-Bonds trotz zunehmender kurzfristiger Zinssätze der Zentralbank, genannt Fed, von 1% auf jetzt 2,5% per annum für Refinanzierungsziehungen der US-Banken, anhält, lässt sich nicht vorwegnehmen. Inzwischen hat sie die Umschuldungsofferte Argentinien deutlich begünstigt, ohne dass die Regierung dazu irgendetwas getan hätte. Glück muss man haben, wenn man regiert, wie es die jetzige Regierung zuerst mit der Hausse der Sojabohnen und jetzt mit der Zinsbaisse erfahren hat.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Hoffnungsvolle Akzeptanz

Erst vorgestern konnte Wirtschaftsminister Roberto Lavagna mit den Zahlen über die Akzeptanz der Umschuldung bis zum Ende der Vorwoche, der dritten seit dem Auftakt der Umschuldung, aufwarten. Sie besagen, dass Anträge für die Umschuldung im Betrag von US\$ 30,1 Mrd. eingegangen sind. Die Bank of New York zentralisiert alle Anträge. Der Betrag, bezogen auf US\$ 81,8 Mrd., macht 37,5% aus und dürfte in der abgelaufenen Woche auf über 40% geklettert sein. Für die zwei fehlenden Wochen bis zum Schlusstag des 25. Februar darf sicherlich mehr als 50% erwartet werden, die Minister Lavagna sich als Mindestziel gesetzt hatte. Indessen sind für einen echten Erfolg der Umschuldung sicherlich mehr als 70%, eigentlich mehr als 80%, vonnöten. In der letzten Woche darf erwartet werden, dass zahllose Bondsinhaber, insbesondere grosse Geldfonds wie Pensionskassen oder Investmentfonds, sich entscheiden werden, ob sie der Umschuldung beitreten.

In der Zusammensetzung nach Währungen der Akzeptanz führt der argentinische Pso mit 50,8%, allerdings wertberichtigt mit CER, gefolgt vom US-Dollar mit 30,5%

und vom Euro mit 17,5%. Der japanische Yen ist das Schlusslicht mit 0,8%. Offenbar überlegen japanische Bondsinhaber immer noch, ob sie die Umschuldungsofferte annehmen sollen.

Die betragsmässig meisten Anträge entfielen auf sogenannte Quasipar-Bonds mit US\$ 14,9 Mrd. gefolgt von Par-Bonds mit US\$ 10,7 Mrd. und Diskont-Bonds mit \$ 4,3 Mrd. Für Quasipar-Bonds, die die Rentenkassen AFJP, die lokalen Banken und Versicherungsanstalten gezeichnet haben, ist ein Kontingent von US\$ 8,3 Mrd. verfügbar, so dass der Saldo, der nicht paritätisch zugeschlagen worden ist, sich mit Diskont-Bonds begnügen muss. Bei Par-Bonds beträgt das Kontingent bekanntlich US\$ 10 Mrd. oder US\$ 15 Mrd., je nachdem ob die Akzeptanz unter bzw. über 70% ausfällt. Das lässt sich erst nach dem Abschluss der Umschuldung feststellen.

Das unterschwellige Tauziehen zwischen der Regierung, die auf ihrer Umschuldungsofferte besteht und Verbesserungen strikt ablehnt, und den Sprechern der Bondsinhaber, darunter Finanzleute, Bankiers und einige Regierungsglieder der Gläubigerländer, die

Der Getreide- und Ölsaatanbau gerät in die Verlustzone

Die letzten Schätzungen der Gesamternte von Getreide und Ölsaat für das Erntejahr 2004/05 kommen nach den Regenfällen, die vor 14 Tagen und dann noch letzte Woche sehr gelegen kamen, auf 82 Mio. t, gegen 80 Mio. vorher und nur 68 Mio. t 2003/04. Dennoch wird der Gesamtwert der Ernte um mehr als 10% unter dem des Vorjahres liegen, weil die Preise stark zurückgegangen sind. Gegenüber dem 1. Halbjahr 2004, und ohne Berücksichtigung von Spitzenwerten, liegen die Preise für Weizen, Mais und Sojabohnen jetzt zwischen 30% und 40%

niedriger, also um mehr als die Mengenzunahme von 20%.

Eine höhere Produktion ist mit höheren Gesamtkosten verbunden, vor allem bei der Ernte, der Lagerung und dem Transport. Aber ausserdem haben starke Kostensteigerungen stattgefunden. Besonders akut ist der Fall bei Dieseltreibstoff. Im März 2002 kostete ein Liter \$ 0,598, wobei der Weizenpreis \$ 370 je t betrug; jetzt liegt der Preis für Dieseltreibstoff bei \$ 1,40 und der vom Weizen bei \$ 250. Während der Landwirt somit vor zwei Jahren 651 Liter Dieseltreibstoff mit

1.000 kg Weizen kaufen konnte, sind es jetzt nur noch 178. Die Lage wird sich voraussichtlich noch verschlechtern, wenn das Gesetzesprojekt verabschiedet wird, das dem Kongress vorliegt, das eine Erhöhung der Steuer auf Dieseltreibstoff vorsieht. Aber ausserdem sind die Preise für Düngemittel, Insekten- und Unkrautvertilgungsmittel, sowie andere Kostenelemente, ganz besonders die Löhne, gestiegen.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass gemäss Berechnungen von Experten die Landwirte, deren Erträge etwa unter dem Landesdurchschnitt liegen, Verluste erleiden werden, es sei denn, es bestehen ausserordentliche Umstände. Auf alle Fälle muss ein Landwirt, der das Land pachtet und/oder in bedeutendem Umfang verschuldet ist, einen hohen Ertrag erwirtschaften, um einen Verlust zu vermeiden.

Die Ernte dieses Jahres ist schon entschieden. Die Feinernte (Weizen, Gerste, Roggen u.a.) ist schon fast ganz eingebracht worden, und die Grobernte (Mais, Sorghum, Sojabohnen, Sonnenblumen u.a.) befindet sich in voller Entwicklung, wobei die Ernte nächsten Monat beginnt. Wenn somit die meisten Landwirte Verluste erleiden oder knapp davonkommen, werden sie nächstes Jahr weniger säen und auf Rinderwirtschaft und zum Teil auch auf Milchwirtschaft übergehen. Spätestens im Mai werden sie die Entscheidung treffen müssen.

Der Export von Rindfleisch hat 2004 schon stark zugenommen und dürfte 2005 noch mehr zunehmen, angesichts der Anerkennung Argentiniens als „frei von Maul- und Klauenseuche, aber mit Impfpflicht“, wobei immer mehr Impfhindernisse auf der Welt beseitigt werden und die EU sich anschickt, gelegentlich die Exportsubventionen auch für Rindfleisch abzuschaffen. Wenn nun dies mit einem massiven Übergang vom Ackerbau auf die Rinderzucht begleitet wird, so bedeutet das, dass die Landwirte Kühe zurückhalten, womit das Angebot gleichzeitig mit einer erhöhten Nachfrage sinkt. Das führt zu einer Hausse bei Rindfleisch, die sehr bedeutend ausfallen kann, nachdem die Nachfrage unelastisch ist. Das wirkt sich auf den Index der Konsumpreise aus und hat auch eine Sympathiewirkung auf andere Lebensmittel. Sozial ist der Fall äusserst problematisch, wobei dies die Lohnforderungen noch mehr anregt.

Auch die Milchwirtschaft entwickelt sich gut. 2004 stieg die Milchproduktion um 18%, und 2005 wird mit nochmal 12% Zunahme gerechnet, womit wieder der Rekordstand von 1999 erreicht würde. Dieses Jahr wird in USA, der EU und Neuseeland mit einer niedrigeren Milchproduktion gerechnet, in Australien mit einer gleichbleibenden, aber bei niedrigen Lagerbeständen. Wenn ausserdem Brasiliens Wirtschaft weiter wächst, dürften die Exportaussichten für Milchprodukte somit besonders gut sein.

Was die Lage für die Landwirte retten könnte, wäre eine starke Dürre im Frühling und Sommer auf der nördlichen Halbkugel, in den USA u.a. Ländern. Indessen sind die Aussichten rein statistisch so, dass es wenig wahrscheinlich ist, dass dies eintritt. Eventuell können auch höhere Käufe von China die Preise für Getreide und vornehmlich für Sojabohnen verbessern.

Der Wirtschaftler Eduardo Curia, einflussreicher Berater von Planungsminister Julio de Vido, schlug unlängst vor, erneut abzuwerten und den Wechselkurs auf \$ 3,30 festzulegen. Das würde den Fall für die meisten Landwirte lösen, zumindest in Pesos, wobei auf diese Weise der Schaden der niedrigen Preise für Getreide und Ölsaaten auf die ganze Bevölkerung abgewälzt würde. Das würde noch höhere Devisenkäufe durch die ZB erfordern und hätte eine direkte inflationäre Wirkung, die die Lohn-Preis-Spirale in Bewegung setzen würde, womit das Schema der kontrollierten Inflation mit einstelligen Jahresraten zu Ende sein und eine neue Periode steigender Inflation eingeleitet würde. Es ist nicht anzunehmen, dass sich Wirtschaftsminister Roberto Lavagna für diese Initiative begeistert.

Die Landwirte fordern jetzt immer intensiver, direkt und über ihre Verbände, die Abschaffung oder zumindest eine bedeutende Verringerung der Exportsteuern. Landwirtschaftssekretär Miguel Campos hat sofort gekontert, dass dies nicht in Frage käme. Lavagna ist sich bewusst, dass dann die Fiskaleinnahmen abnehmen würden, wobei sich ohnehin die niedrigen Preise für Getreide und Ölsaaten negativ auf die Gewinnsteuer auswirken. Der Überschuss des Schatzamtes würde dann sehr bald verschwinden, umso mehr, als die Staatsausgaben weiter stark steigen werden. Doch ein Überschuss, und zwar über den Pri-

märüberschuss hinaus, ist für Lavagna ein Grundpfeiler seiner Wirtschaftspolitik

Das Problem, dass sich hier

Der U-Bahn-Konflikt

Die Gewerkschaft der Belegschaft der Untergrundbahnen von Buenos Aires stellte in der Vorwoche eine Lohnforderung von 53% plus 2% zusätzlich pro Arbeitsjahr. Die Firma Metrovías, die zum Roggio-Konzern gehört (dessen Haupttätigkeit öffentliche Arbeiten und Strassenkonzessionen sind), bot 8%. Die Gewerkschaft verfügte zunächst einen Streik, mit Unterbrechung des Dienstes während mehrerer Stunden, vornehmlich zu Spitzenzeiten, und kündigte die Absicht an, auf einen Gesamtstreik überzugehen, wenn ihre Forderungen nicht befriedigt würden. Erst am Donnerstag Abend wurde der Konflikt beigelegt, nachdem sich das Unternehmen bereit erklärte, eine Lohnerhöhung von 19% plus \$ 19 für jedes Jahr, in dem der Betroffene bei der U-Bahn angestellt war, zu gewährleisten rückwirkend ab 1. Januar 2005. Das ergibt durchschnittlich um die \$ 250 pro Arbeiter und Angestellten..

Auf der ganzen Welt sind Streiks bei öffentlichen Diensten und Tätigkeiten, bei denen dieser einen grossen allgemeinen Schaden verursacht, entweder verboten oder sehr eingeschränkt, also ohne Unterbrechung des Dienstes. Denn in diesen Fällen handelt es sich nicht nur um einen Konflikt zwischen Arbeitgeber und -nehmer, sondern um eine Störung der Gesellschaft im allgemeinen, die in diesem Fall über 800.000 Menschen betrifft, die die U-Bahn täglich benützen. Die Omnibusse können diese Menschenmenge nur mit grossen Schwierigkeiten und Überfüllung der Busse bewältigen, und die Taxis haben auch eine begrenzte freie Kapazität, wobei sie ohnehin für die meisten U-Bahn-Benutzer ein relativ grosses finanzielles Opfer bedeuten.

Abgesehen davon hat der Fall bestimmte Eigenarten, die bei diesem Konflikt auch zu berücksichtigen sind. Einmal setzt die Regierung die Tarife fest; dann zahlt der Staat eine Subvention als Ausgleich für politisch niedrige Tarife, die die Betriebskosten nicht decken; und schliesslich trägt der Staat finanziell die grösseren Investitionen. Was der Staat jedoch seit der Privatisierung nicht mehr finanziert, ist die immanente Ineffizienz der Staatsbetriebe, die in überhöhten Belegschaften, alle-

stellt, ist gewiss nicht einfach zu lösen. Bis Mai sollte die Regierung jedoch eine grundsätzliche Entscheidung getroffen haben.

meiner Vergeudung und mangelhafter Wartung besteht, die schliesslich zu viel teuren Reparaturen oder Neubeschaffungen zwingt. Ausserdem geniesst das Publikum seit der privaten Betreibung einen qualitativ viel besseren Dienst.

Eine Lohn- und Gehaltserhöhung kann gewiss nicht durch eine Verringerung des Gewinnes des Unternehmens ausgeglichen werden, da dieser bezogen auf den Umsatz gering ist und seit der Abwertung kaum noch besteht. Die Regierung verfügt über die Zahlen über Umsatz, Tarifentwicklung, Kosten, Gewinnmargen und Subventionen, die sie bekannt geben sollte, damit die Gesellschaft erkennt, wie der Fall liegt. Lohnerhöhungen führen zu Tarifierhöhungen, mehr Subvention und/oder geringeren Investitionen. Das sind alles politische Entscheidungen der Regierung. Somit sollte bei den Verhandlungen nicht nur das Arbeitsministerium als Schlichtungsinstanz anwesend sei, sondern auch Vertreter der Ministerien für Wirtschaft und Planung (das sich auch auf Transport und öffentliche Dienste bezieht).

Metrovías hat bekanntgegeben, dass Löhne und Gehälter seit der Erteilung der Konzession im Jahr 1994 um durchschnittlich 94% erhöht wurden, wobei die Zunahme ab Juni 2002 70% beträgt. Somit sind Löhne und Gehälter um 23% über den Index der Konsumentenpreise gestiegen. Der Durchschnittslohn beträgt \$ 1.670, der Mindestlohn \$ 1.236, ein Fahrer verdient \$ 2.107, ein Aufseher \$ 1.512 und ein Fahrkartenverkäufer \$ 1.442. All dies bei 6 Stunden Arbeitszeit, die das Privatunternehmen zugestanden hat, nachdem es unter staatlicher Regierung und in den ersten Jahren privater Betreibung 8 Stunden waren. Das sind für argentinische Verhältnisse hohe Löhne.

Die Gewerkschaft weist darauf hin, dass die Zahl der Passagiere seit der Privatisierung um etwa 80% zugenommen hat, und die Tarife etwas weniger. Das Unternehmen kontert, dass die Betriebskosten in dieser Periode um 102% zugenommen haben. Gewiss steigen die fixen Kosten nicht im Verhältnis zur Zunahme der Passagiere; doch der Stromverbrauch neigt zur Proportionalität. Abgesehen

davon stellt die unverhältnismässig bessere Instandhaltung durch das Privatunternehmen gegenüber der staatlichen Verwaltung auch zusätzliche Kosten dar. Ausserdem wurden die Strecken in zwei Fällen verlängert, was die Kosten pro Passagier erhöht, da ein Einheitstarif besteht. Ausserdem subventionieren hier diejenigen, die die U-Bahn für kurze Strecken verwenden, diejenigen, die lange hinterlegen. Gelegentlich dürfte es zu einem differenzierten Tarif kommen, bei dem die magnetischen Fahrkarten nicht nur beim Eingang, sondern auch beim Ausgang eingegeben werden

Die Gewerkschaften üben in letzter Zeit zunehmenden Druck für Lohnerhöhungen aus. Dabei beginnen sie dort, wo sie den ge-

ringsten Widerstand erwarten. Bei der Telefonunternehmen, die die höchsten Löhne und Gehälter von allen öffentlichen Diensten zahlen, erreichten sie ohne grosse Schwierigkeiten eine Zulage. Danach kam die U-Bahn, wo sie schliesslich auch erfolgreich waren. Wenn nun diejenigen Branchen, die die höchsten Entlohnungen haben, Erhöhungen gewähren, wird die Differenz zu den anderen, bei denen die Löhne niedrig sind, unhaltbar, so dass es dann zu massiven Lohnzulagen auf breiter Front kommt, die auf die Preise abgewälzt werden, was in kurzer Frist zu neuen Lohnforderungen führt. Diese Lohn-Preis-Spirale kennen wir in Argentiniens aus jahrzehntelanger Erfahrung.

Dabei würde der Überschuss bei den Staatsfinanzen wie Eis in der Sonne schmelzen, so dass die alte Defizitproblematik wieder eintritt. Ausserdem ist es unter diesen Umständen schwer, den real hohen Wechselkurs beizubehalten, da ständig abgewertet werden müsste, was die Inflationsspirale beschleunigt. Das ganze wirtschaftspolitische Konzept von Lavagna, einer einstelligen Jahresinflation, eines ständigen Budgetüberschusses und eines hohen realen Wechselkurses, droht dabei in die Brüche zu gehen.

Unvernünftige Lohnforderungen haben jedoch gegenwärtig noch weitere Folgen. Einmal nimmt dabei die Schwarzarbeit zu; und dann stellt dies für die Unternehmen ein Anreiz zur Ratio-

nalisation und Automatisierung dar, der mit Abbau der Belegschaften verbunden ist. Bei der U-Bahn besteht schon die Initiative, die Ausstellung der Fahrkarten über einen Automaten zu bewerkstelligen, womit die Beamten, die sie gegenwärtig aushändigen, überflüssig werden. Bei der Eisenbahn wird dieses System schon verwendet. Allgemein bestehen heute als Folge des rasanten Fortschrittes der Computertechnologie viele unausgenutzte Möglichkeiten, bestimmte Tätigkeiten mit weniger Arbeitern oder Angestellten zu verrichten. Gewerkschaften und Regierung sollten die Arbeitslosigkeitsproblematik mehr in den Vordergrund stellen. Das würde sie zu einer vernünftigeren Haltung veranlassen.